

### Schlag-Wörter: Die Quote

Eine Kolumne von Konrad Adam

Seite 2

### Bürgerschaftswahl- kampf – Vorbereiten auf Bremen

Seite 4

### Florett statt Säbel: Der Politische Aschermittwoch der AfD

Seite 5

## Die Eurokrise ist zurück



*Bernd Lucke fordert die geordnete Auflösung des Euro.*

Zu Unrecht richtet sich die gesamte Aufmerksamkeit derzeit auf Griechenland: Selbst das bisher scheinbar stabile Finnland hat in den letzten Jahren drastisch an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und bräuchte eigentlich eine Abwertung von rund 20% um zu Wachstum und Beschäftigungsgewinnen zurückzukehren. Noch bedrückender ist es, dass große und für den Euro zentrale Länder wie Italien und Frankreich ihre Schwierigkeiten nach wie vor nicht bewältigen können und stets Aufschub gewährt bekommen, während Deutschland für seine Leistungsbilanzüberschüsse auch noch Strafzahlungen fürchten

muss. Die Nachsicht der Eurozone mit der Reformunfähigkeit Italiens und Frankreichs spricht Bände: Der Euro ist keine Stabilitätsgemeinschaft und wird es nie sein können. Deshalb sollte Griechenland nur das erste Land sein, das aus der Eurozone ausscheidet. Auch Länder wie Frankreich und Italien sollten die Konsequenzen daraus ziehen, dass sie sich nicht an die Regeln halten können und immer mehr von industrieller Auszehrung und dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit gezeichnet sind. Dies wäre im Interesse ihrer eigenen Bürger ebenso wie im Interesse der Staaten, die eine harte Währung als unerlässlich für den langfristigen Wohlstand ihres Landes ansehen. Ich appelliere an alle verantwortlichen Politiker: Nutzen Sie das absehbare Ausscheiden Griechenlands und machen Sie jetzt reinen Tisch, indem Sie die Probleme der Eurozone umfassend lösen. Eine Gemeinschaftswährung ist nur dann sinnvoll, wenn sie sich auf den Kreis der stabilitätsorientierten und wettbewerbsfähigen Länder beschränkt. Frankreich und Italien gehören offenkundig nicht dazu.

### Panos Kammenos droht derweil Deutschland mit illegalen Flüchtlingen

Der rechtspopulistische Verteidigungsminister Griechenlands, Panos Kammenos, mit dem das Linksbündnis Syriza koalitiert, hat Deutschland damit gedroht, illegale Flüchtlinge nach Berlin zu schicken. Das führte zu heftigen Reaktionen.

Bernd Lucke kritisierte umgehend: „Mit dieser Drohung verlässt Griechenland das gemeinsame europäische Fundament. Griechenland hat sich den Eintritt in die Eurozone mit gefälschten Zahlen erschlichen und hat stets gegen die Schuldengrenze des Maastricht-Vertrags verstoßen. Dennoch haben die Partnerstaaten dreistellige Milliardenbeträge nach Griechenland geschickt und über 100 Milliarden davon haben EU-Bürger bereits verloren. Dass Griechenland die Partnerstaaten jetzt auch noch erpressen will, schlägt dem Fass den Boden aus. Es zu tun, indem man Flüchtlinge und ihre Not instrumentalisiert, ist geradezu infam. Die Eurozone sollte nach dieser Provokation unverzüglich und endgültig alle Hilfszahlungen an Griechenland einstellen. Darüber hinaus muss Griechenlands Mitgliedschaft im Schengenraum umgehend suspendiert werden. Wir dürfen uns von Griechenland nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen, sondern müssen durch eine unmissverständliche Reaktion zeigen, dass es Grenzen dessen gibt, was wir uns bieten lassen.“

## Bundesvorstand dankt Georg Pazderski

Der Bundesvorstand der Alternative für Deutschland hat den Vertrag mit Bundesgeschäftsführer Georg Pazderski zum 30.06.2015 aufgehoben. Der Vertragsaufhebung liegt keine inhaltliche Bewertung der Arbeit des Bundesgeschäftsführers zugrunde, der sich große Verdienste um die AfD erworben hat. Die Aufhebung erfolgt vielmehr, weil sich die Partei nach der Neuwahl des Bundesvorstands nicht zwei hochbezahlte Führungsämter leisten kann. Nach der Neuwahl des Bundesvorstands und der Wahl eines

Generalsekretärs ist eine Restrukturierung der Führungsspitze der Bundesgeschäftsstelle erforderlich, für die der Bundesvorstand mit dem jetzigen Beschluss die nötige Handlungsfreiheit schafft. Der Bundesvorstand dankt Georg Pazderski ausdrücklich für die geleistete Arbeit.

# Schlag-Wörter: Die Quote



Konrad Adam

Die Quote ist ein alter Hut. Wer benachteiligt ist oder sich so fühlt, setzt ihn sich auf. Quotiert worden ist in der k.u.k.-Monarchie – da fühlten sich die Ungarn unterdrückt – und in der DDR – da verlangten die SED-Bonzen Quoten für die Arbeiterklasse. Neu ist nicht die Quote, sondern die Art, wie ihre Erfüllung kontrolliert werden soll. Das Verfahren ist amerikanischen Ursprungs, genauer: eine Erfindung der angewandten Soziologie.

Um Gleichheit herzustellen, sollen die einen bevorzugt, die anderen benachteiligt werden. „Ungleichheit, die gleich macht“ heißt die riskante, weil in sich widersprüchliche Parole der überzeugten Quotenfreunde. Das Verfahren steht und fällt mit der Antwort auf die Frage, wann man auf die weiteren Gleichstellungsmaßnahmen verzichten kann, weil Gleichheit herrscht: Eine Frage, die gar nicht so leicht zu beantworten ist. Das spielt der Wissenschaft in die Hände, in diesem Fall: der Soziologie. Nach ihrer Ansicht ist (Chancen-)gleichheit dann, aber auch nur dann gegeben, wenn verschiedene Bevölkerungsgruppen – Schwarze und Frauen, Arbeiter und alte Leute – proportional gleichen Anteil an gesellschaftlich hochgeschätzten Gütern haben; als solche Güter gelten die Stellung im Beruf, Besitz und Einkommen, Bildung und so weiter.

Jedes einzelne Segment der Gesellschaft soll die Zusammensetzung der Gesellschaft insgesamt widerspiegeln – so die Theorie.

Das klingt eindeutiger als es ist. Ganz einfach deshalb, weil die Maßstäbe, nach denen da verfahren wird, alles andere als eindeutig sind. Wenn Frauen im Aufsichtsrat proportional angemessen vertreten sein sollen, warum nicht im Machtzentrum des Aufsichtsrats, im Personal-Ausschuss? Soll der Anteil von „Arbeiterkindern“ pro Schulklasse, pro Schulstufe oder pro Schulart ermittelt und ihrem Bevölkerungsanteil angeglichen werden? Und schließt das Angestelltenkinder ein oder aus? Je nach Verfahren wird man da zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen kommen. In einer Richtlinie zur Frauenförderung findet sich die Bestimmung, dass Frauen „in jeder Dienststelle, in allen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen so zu berücksichtigen sind, dass die Überrepräsentation von Männern abgebaut wird“: Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Statistiker, Sozialingenieure und Gleichstellungsbeauftragte, die sich mit Sollziffern beschäftigen, weil sie von Leistungsbeurteilung nichts verstehen. Ihnen nutzt das Gesetz, das der Bundestag dieser Tage beschlossen hat. Ob es auch der Gesellschaft etwas bringt, steht in den Sternen.

## Mitgliederaufnahme der Alternative für Deutschland

Die Mitgliederzahl der AfD ist 2014 deutlich gegen den Trend anderer bundesdeutscher Parteien gewachsen. Das ist eine Nachricht, über die wir uns freuen können und die uns gleichzeitig – auch nach Verabschiedung der neuen Bundesatzung am 31. Januar 2015 – vor interne Herausforderungen stellt. Verließ die Aufnahmepraxis in den ersten Monaten 2013 naturgemäß noch recht ungeordnet, haben sich die Landesverbände zunehmend bemüht, einheitliche Standards bei der Aufnahme anzuwenden. Dabei sollte uns allen bewusst sein, dass die Aufnahmepraxis eine wichtige politische Stellschraube einer schnell wachsenden Partei ist – manch andere neue politische Kraft ist in der Vergangenheit genau an dieser Aufgabe gescheitert.

Auch wenn Kreis- und Landesverbände sich nicht immer einig darin sind, welche Untergliederung die besser geeignete in der Frage der Mitgliederaufnahme ist, sollten wir uns in einem Punkt einig sein: Die verantwortungsvolle Mitgliederaufnahme ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nicht für Kompetenzgerangel taugt. Vielmehr müssen wir damit beweisen, dass wir EINE Partei sind. Dafür trägt allen voran der Bundesvorstand eine besondere Verantwortung, dem nach neuer Satzung ebenfalls wie Landesvorständen das Recht zukommt, Mitgliedsanträge abzulehnen wie kürzlich erstmals geschehen. Es ist verständlich, dass eine neue Regelung gewöhnungsbedürftig ist, zumal, wenn sie die Subsidiarität der Untergliederungen einschränkt. Daher bedürfen solche Eingriffe übergeordneter Gebietsvorstände einer besonders sorgfältigen Kommunikation zwischen den betroffenen Gliederungen. Hierbei müssen alle Parteiebenen, auch der Bundesvorstand, noch dazulernen.

*Fortsetzung auf Seite 3*

*Fortsetzung von Seite 2*

In Kenntnis der strengen Regeln des Parteiengesetzes gehört zum Aufnahmeprozess die notwendige Phase des Kennenlernens der Antragsteller mit der Möglichkeit, persönliche und politische Beweggründe des Antragstellers besser kennenzulernen. Dies schließt Auskünfte über frühere Parteizugehörigkeiten, politische Ämter und Mandate ein.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an diverse Neumitglieder, die anlässlich eines erfolgversprechenden Bundestagswahlkampfes nicht nur in der Partei, sondern auch auf zahlreichen Kandidatenlisten aufgetaucht waren und kurz nach dem 22.09.2013 die AfD recht kurzfristig wieder verlassen haben.

Nur um es ganz klar zu sagen: Wir brauchen noch viel mehr engagierte Neumitglieder, die sich aktiv in die Arbeit auf allen Ebenen einbringen wollen – Mitglieder, die ebenfalls vom Mut zur Wahrheit beseelt sind und sich nicht scheuen, unsere politischen Inhalte auch kontrovers zu diskutieren.

In diesem Sinn sollten wir uns gemeinsam um ein gesundes Parteiwachstum bemühen, damit wir personell und inhaltlich die anstehenden Wahlkämpfe bestreiten können.

*Frauke Petry, Sprecherin der Alternative für Deutschland*



# Antiterrorereinsatz als Wahlkampfauftakt?



*Christian Schäfer,  
Landesvorsitzender Bremen*

Der martialische Auftritt der schwerbewaffneten Polizei in Bremen am Wochenende des 5. und 6. März war nicht nur der Größte in der Geschichte Bremens, er wirft mehr Fragen auf, als dass er welche beantwortet. Auch Sicherheitskreise kritisieren das Vorgehen des Innensenators Mäurer.

Am Freitagabend kommt der Hinweis, daß vier Männer aus Frankreich kommend sich mit einem bekannten libanesischen Waffenhändler in Bremen treffen werden. Bei einer befürchteten akuten Anschlaggefahr beantragt die Staatsanwaltschaft erst am Samstag um 16:00 Uhr den Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses, die Richterin prüft in aller Ruhe und erst gegen 18:30 Uhr konnte die Razzia bei dem verdächtigen Verein IKZ durchgeführt werden. Nachdem keine Waffen gefunden wurden, zog sich die Polizei zurück.

Der Innenausschuss des Bundestages nennt diese Entscheidung „fatal“. Statt die Suche abzubrechen, hätte die Polizei die Suche ausweiten müssen. Die Aktion sei unkoordiniert gewesen.

Was hatte die ostentative Polizeipräsenz in der Stadt für einen Sinn, außer falsche Stärke zu demonstrieren? Und wie passt es zusammen, dass das Werder-Spiel mit 40.000 Zuschauern planmäßig gepfiffen wurde?

Die Polizeipräsenz mag den Menschen ein Gefühl der Sicherheit vermittelt haben. Aber geht es bei der Terrorbekämpfung in Bremen nur um das subjektive Gefühl der Bürger? Oder ist die Machtdemonstration des Innensenators durch die Polizei der inoffizielle Beginn des Wahlkampfes in Bremen gewesen?

Die mutmaßlichen Terroristen sind auf jeden Fall über alle Berge.



## Bürgerschaftswahlkampf – Vorbereiten auf Bremen

Am 4. März 2015 trafen sich unter Federführung von Bundesgeschäftsführer Georg Pazderski in der Bundesgeschäftsstelle Vertreter des Landesverbandes Bremen, darunter der Spitzenkandidat Christian Schäfer und Bundesschatzmeister Piet Leidreiter, mit Mitarbeitern der AfD, um den Bürgerschaftswahlkampf strategisch vorzubereiten. Zu den Teilnehmern des Treffens gehörten auch Bernd Baumann (Landesverband Hamburg) und Uwe Wurlitzer (Landesverband Sachsen), die ihre Erfahrungen aus den jüngsten Wahlkämpfen einbringen konnten. Gesprochen wurde über die Zielgruppen und die Themen der AfD für die Bürgerschaftswahl am 10. Mai 2015, die geplanten Werbemittel und Veranstaltungen sowie die Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband Bremen, der Bundespartei und anderen Landesverbänden.



Die Bremer Parteifreunde gehen nach den letzten Wahlergebnissen für die AfD mit Optimismus in den Wahlkampf. Sie setzen dabei vor allem in den Maitagen auf die Unterstützung durch AfD-Mitglieder aus anderen Landesverbänden bei der

Verteilung von Werbematerialien und der Bemannung von Ständen. Wer mithelfen will, sollte sich an die für ihn zuständige Landesgeschäftsstelle der AfD wenden, wo die Namen und Termine von Freiwilligen gesammelt werden. *re*

## Konstituierende Sitzung der Bundesprogrammkommission

Am 28. Februar 2015 kam die Bundesprogrammkommission (BPK) zu ihrer konstituierenden Sitzung in Kassel zusammen. Aus dem Bundesvorstand waren Bernd Lucke, Verena Brüdigam und Gustav Greve als Vorsitzender anwesend sowie weitere 20 Vertreter der Bundesfachausschüsse und Landesverbände.

Als stellvertretender Vorsitzender der BPK wurde Dr. Matthias Dorn (Nds), als Schriftführer Manfred Pühringer (NRW) gewählt.

Laut Satzung hat die BPK folgende Aufgaben: Erarbeitung von Vorschlägen für das Parteiprogramm der Partei; Erarbeitung von Vorschlägen für Fachprogramme der Partei zu politischen Schwerpunktthemen und Erarbeitung von Vorschlägen für das Wahlprogramm der Partei für die Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament.

Während der Diskussion einigte man sich darauf, dass das Parteiprogramm für alle Ebenen gelten und dass es

kein Provisorium darstellen, sondern eine langfristige Geltung haben soll. Außerdem soll es sich nicht in Tagesaktualitäten und Details verlieren. Falls notwendig kann es Textkästen mit aktuellem Bezug geben (z.B.: Im Text zum Internationalen Handel kann es einen TTIP-Kasten geben). Die BPK wird darauf achten, dass die Positionspapiere der Landes- und Bundesfachausschüsse in ihrer fachlichen Bedeutung mit zur Entfaltung kommen, um damit die programmatische Bewegung „von unten nach oben“ zur gewährleisten. Damit ist sichergestellt, dass sich die Basis – nicht zuletzt durch eine Mitgliederbefragung - soweit wie möglich in diesem Programm wiederfindet. Des Weiteren erscheint es erstrebenswert, die Meinungsvielfalt der Partei durch ein Programm so aufeinander zu orientieren, dass darin zunächst die Gemeinsamkeiten hervortreten. Die Meinungsunterschiede dürfen nicht verwässert, sondern eher als bereichernde Ergänzung zueinander

verstanden werden.

Im Mittelpunkt standen die Präsentationen der BFA-Vorsitzenden zum aktuellen Arbeitsstand in ihren BFAs. In vielen Ausschüssen, die sich bereits alle konstituiert und oft mehrfach getagt haben, ist die Diskussion bereits gut vorangetrieben worden. Der Zeitplan bis zur Verabschiedung des Bundesparteiprogramms ist sehr ambitioniert und wird von allen Mitgliedern sowohl der BFAs und der BPK, aber auch der zuarbeitenden LFAs, erhebliche Anstrengungen abverlangen. Die Auftaktsitzung der BPK gibt Anlass zu der berechtigten Hoffnung, dass dieses engagierte Projekt zielführend und erfolgreich bewältigt werden kann.

*Dr. Dr. Matthias Dorn,  
Stellvertretender Vorsitzender  
der Bundesprogrammkommission*

## AfD klagt gegen Abschiebestopp

Der Winterabschiebestopp in Thüringen ist rechtswidrig. Das ergab ein von der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag in Auftrag gegebenes Gutachten des renommierten Staatsrechtslehrers Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider. Er kommt darin zu dem Schluss, dass winterliche Verhältnisse kein Hinderungsgrund für die Rückkehr abgelehnter Asylbewerber sein können. Die Anordnung des Thüringer Innenministeriums, die dem Winterabschiebestopp zugrunde liegt, ist demnach rechtswidrig. Da sich die Landesregierung weigert, ihre offensichtlich illegale Praxis zu beenden, hat die AfD-Fraktion nun beim Thüringer Verfassungsgericht eine Normenkontrollklage eingereicht. AfD-Fraktionschef Björn Höcke hat sich außerdem in einem Brief an Bundesinnenminister de Maizière gewandt und diesen aufgefordert, auf eine Reform des Aufenthaltsgesetzes hinzuwirken. Ein Unterlaufen des

geltenden Aufenthaltsrechts durch eine exzessive Duldungspraxis der Verwaltung auf Landesebene muss verhindert werden. 200.000 Asylbewerber sind 2014 nach Deutschland gekommen, 2015 werden es voraussichtlich sogar 300.000 Menschen sein. Die Kommunen sind von dem großen Ansturm restlos überlastet und viele Bürger in Sorge, weil sie in die Entscheidungsprozesse oft nicht eingebunden werden. Es fehlt an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten und es fehlt an Geld. Trotzdem hat die rot-rot-grüne Landesregierung einfach einen Winterabschiebestopp erlassen, der nicht nur die Menschen zurecht vor Abschiebung schützt, die vor Krieg und politischer Verfolgung zu uns flüchten, sondern ohne Unterschied auch diejenigen, die kein Anrecht und damit auch keine Chance darauf haben, als Asylbewerber anerkannt zu werden.



Björn Höcke, MdB

„Wir bejahen das Asylrecht grundsätzlich als wichtiges humanitäres Recht“, sagt Höcke, „aber wir können es nur erhalten, wenn wir es vom Einwanderungsrecht strikt trennen. Das heißt, wir müssen die Einwanderung über das Asylrecht verhindern und es darf nur denjenigen zugestanden werden, die wirklich politisch oder religiös verfolgt werden. Wir müssen dazu Fehlanreize wie den Winterabschiebestopp abstellen“, so Höcke. *tz*

## Florett statt Säbel: Der Politische Aschermittwoch der AfD



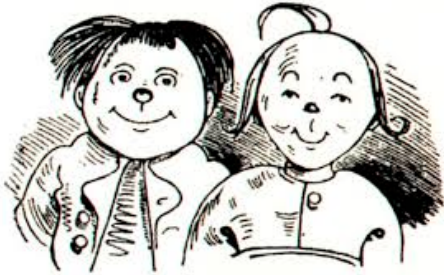
Mit viel Rückenwind aus Hamburg beging die Alternative für Deutschland ihren zweiten Politischen Aschermittwoch. „Florett statt Säbel“ lautete die Devise. Die Redner gingen hart mit der politischen Konkurrenz ins Gericht, wobei vor allem die Unionsparteien ihr Fett abbekamen. Die Regensburgerin Verena Brüdigam, Mitglied des Bundesvorstands, kritisierte die anderen Parteien dafür, dass sie die absurden Auswüchse des Gender Mainstreamings propagierten anstatt sich um die realen Probleme

zu kümmern, mit denen sich Frauen konfrontiert sehen. Der Bundesvorsitzende Bernd Lucke nahm vor allem die CSU aufs Korn. „Beim Thema Zuwanderung und Integration tanzt die CSU einen bayerischen

Sirtaki: Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück. Mal wettet sie gegen Sozialmissbrauch und ungesteuerte Zuwanderung, dann wieder gegen die AfD, die genau diese Missstände anspricht.“ Zur Euro-Rettungspolitik meinte Lucke, mit neuen Transferzahlungen solle „zusammgehalten werden, was einfach nicht zusammen passt.“ Ein Schuldenschnitt mache daher nur Sinn, wenn Griechenland aus dem Euro ausscheide. „Alles andere ist Insolvenzverschleppung. Nur außer-

halb des Euros haben die Griechen wieder eine echte Chance.“ AfD-Landeschef André Wächter rief daher zur Großkundgebung auf, die am 28. März auf dem Münchner Marienplatz stattfinden soll. Motto: „Schluß mit der Eurorettung. Rote Karte für Draghi“. Fast schon zur Folklore bei AfD-Veranstaltungen gehört ein einsamer Demonstrant, der gegen die Familienpolitik der jungen Partei protestiert. „Die AfD hat den Kinderlosen den Krieg erklärt“, steht auf seinem selbstgemachten Plakat. Daher fordert er die Gründung einer Kinderlosen-Partei. Größere Proteste blieben aber aus. „Gott sei Dank blieb alles friedlich. Die Antifa hat sich nicht blicken lassen“, meint Stephan Protschka, AfD-Bezirksvorsitzender von Niederbayern. „Es war eine rundum gelungene Veranstaltung. Nächstes Jahr kommen wir wieder nach Osterhofen. Dann ist der Politische Aschermittwoch der AfD fast schon Tradition.“ *André Wächter, Landesvorsitzender AfD Bayern*

## Griechisches Bubenstück



Ach, was muss man oft von bösen  
Griechen hören oder lesen!  
Wie zum Beispiel hier von diesen,  
welche Vaks und Tsipras hießen.  
Ja, zur Übeltätigkeit  
waren sie nur zu bereit.  
Bald schon nach gewonn'ner Wahl  
wurden Brüssel sie zur Qual.  
Seht, da ist der Lehrer Schäubel,  
grimmig wünscht er sie zum Deubel.  
Seines Lebens schönster Traum  
ist der große Euroraum.  
Sehr viel Geld hat er verliehen,  
mancher hat es ihm verziehen,  
denn der Schäubel hat versprochen  
(oft hat er sein Wort gebrochen),  
dieses Geld, das kommt zurück,  
Beistand bringt Europa Glück.  
Schäubel will die Griechen lehren,  
ihren Wohlstand zu vermehren.  
Vaks und Sapritz, diese beiden,  
können das nun gar nicht leiden.  
Griechenland ist doch bankrott!  
Drum sie schmieden ein Komplott.  
Ihre Schulden woll'n sie streichen,  
lässt sich Schäubel nicht erweichen,  
immer mehr Kredit zu geben.  
So verdrießt man ihm das Leben.  
Schäubel sitzt jetzt in der Klemme:  
soll er Held sein oder Memme?  
Zahlt er nicht, wird offenbar,  
dass sein Kurs der falsche war.  
Viele Bürger fragen nun:  
was ist hier jetzt wohl zu tun?  
Der Minister sollte gehen,  
denn er kann nicht widerstehn.  
Vaks und Tsipras tun ihn jagen,  
„Nein“ kann nur ein Neuer sagen.

Und die Moral von der Geschichte:  
Versprich den Leuten Falsches nicht.

Orlandis Vopoulos

Bildquelle: Wikipedia

## Impressum & Kontakt.

V.i.S.d.P.: Christian Lüth

Alternative für Deutschland  
Bundesgeschäftsstelle  
Schillstraße 9  
10785 Berlin

Sie erreichen uns telefonisch  
von Montag bis Freitag  
jeweils von 9 bis 17 Uhr  
unter (030) 265 583 7-0  
bzw. per E-Mail unter  
[bundesgeschaeftsstelle@  
alternatiefuer.de](mailto:bundesgeschaeftsstelle@alternatiefuer.de)

### Spendenkonto

Empfänger: Alternative für Deutschland  
IBAN: DE 16518500790027115551  
BIC: HELADEF1FRI  
Sparkasse Oberhessen  
Betreff: Spende



Frankfurt/Main  
**21. März**  
14 - 17 Uhr

Zur EZB-Neueröffnung

## Neue Politik oder alter Scherbenhaufen?

Mit Vaclav **KLAUS**, Prof. Walter **KRÄMER**, Prof. Bernd **LUCKE**

Leonardo Royal Hotel, Mailänder Straße 1, 60598 Frankfurt/Main  
Veranstalt von der EKR-Fraktion  
in Kooperation mit dem KV Frankfurt der AfD  
Einlass ab 14 Uhr, Beginn 15 Uhr

Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen

Alternative für Deutschland  
Kreisverband Frankfurt